

Antrag

der Fraktionen der SPD

der Fraktion DIE LINKE

Versöhnung in der Verantwortung vor der Geschichte

Der Landtag möge beschließen:

Der 8. Mai 1945 war für die Deutschen ein Tag der Befreiung. Kurz darauf folgte der Kalte Krieg und damit die Teilung Deutschlands. In Ostdeutschland wurde eine Diktatur errichtet, in der Menschen nicht in Freiheit und Demokratie leben konnten. Biografien wurden zerstört, viele Menschen mussten Repressalien erleiden und kamen – unter anderem an den Grenzanlagen – zu Tode.

Mit der friedlichen Revolution vom Herbst 1989 haben die Bürgerinnen und Bürger der DDR ihr Schicksal in die eigenen Hände genommen und den Weg zu einer demokratischen Staatsordnung geebnet. Das ist ihr großes historisches Verdienst.

Vergangenheit darf die Zukunft nicht dominieren – Geschichte darf nicht verdrängt oder vertuscht werden. Jeder Einzelne sollte sich selbstkritisch die Frage stellen, welche Verantwortung er selbst bis 1989 getragen hat, unabhängig davon, ob er in der SED, in einer der Blockparteien oder anderswo tätig war. Der offene und kritische Umgang mit früheren Fehlern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht in Missachtung von Freiheit und Demokratie. Der Respekt muss den Opfern gelten, das Andenken an erlittene Repressalien muss bewahrt werden.

Die Lehren der Geschichte müssen im gesellschaftlichen wie individuellen Leben wach gehalten werden. Das Verhalten vor 1989 soll in Brandenburg auch weiterhin „mit menschlichem Maß“ betrachtet und zugleich im Lichte der letzten 20 Jahre bewertet werden.

Vor diesem Hintergrund soll die Überprüfung der Abgeordneten des 5. Brandenburger Landtages auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR stattfinden. Ein Gesetzentwurf oder entsprechender Beschluss soll bis Ende 2009 vom Landtag verabschiedet werden.

Die Aufarbeitung von Geschichte ist nie abgeschlossen. Sie ist jedoch die Voraussetzung für Versöhnung, innere Einheit und neue Kraft – wenn sie kritisch, selbstkritisch, konstruktiv und mit Augenmaß vorgenommen wird. In diesem Geiste möge der 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution begangen werden.

Potsdam, 20. Oktober 2009

Günter Baaske
für die Fraktion der SPD

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE